

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Ruchheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin: Montag, den 06.05.2024

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 20:40 Uhr

Ort, Raum: Seniorentagesstätte Ruchheim, Schloßstr. 1a

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Dennis Schmidt

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Michael Hwasta

Peter Eisenberg

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Edith Steig

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Andreas Guth

Schriftführerin

Sabine Becker

Entschuldigt fehlten:

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Markus Honacker

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsfraktion

Jutta Kreiselmaier-Schricker

Dorothee Tavernier

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Ausbau P&R und B&R an der Rhein-Haardt-Bahn
Vorlage: 20247667
4. Sachstand der Lärmaktionsplanung
Vorlage: 20247990
5. Antrag des Ortsvorstehers
Unterbringung der Jugendfreizeitstätte während der Umbaumaßnahmen
Vorlage: 20247967
6. Antrag des Ortsvorstehers
Schaffung von weiteren "überdachten" Flächen auf dem Ruchheimer Friedhof
Vorlage: 20247968
7. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Erstellen eines Piktogramms „Achtung Kinder“ in der Pfalzgartenstraße
Vorlage: 20247970
8. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Prüfung zusätzliche Stadtbahnhaltestelle und eine Wendemöglichkeit
Vorlage: 20247944
9. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Industriegebiet Römig IV
Vorlage: 20247971
10. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Erhöhung der Verkehrssicherung in der Pfalzgartenstraße
Vorlage: 20247972
11. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Aufstellung von zwei Hundekotbeutelspender
Vorlage: 20247942
12. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Installation von Straßenlaternen mit Solarpanel und Bewegungsmelder zur Erhöhung der Sicherheit auf dem Wirtschafts- Rad- und Fußweg in Richtung „Römig“
Vorlage: 20247974
13. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Aufstellung von einen Parkverbotsschildes am Sportplatz beim Beachfussballfeld
Vorlage: 20247945

14. Anfrage des Mitglieds der FDP im Ortsbeirat
Geothermiebohrungen in Ruchheim Nord-Ost
Vorlage: 20247928
15. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Prüfung der Eigentumsverhältnisse der Flächen und Immobilien beim Städt.-Kindergarten
in der Oggersheimer Straße
Vorlage: 20247941
16. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Altersarmut im Stadtteil Ruchheim
Vorlage: 20247975
17. Anfrage des Mitglieds der FDP im Ortsbeirat
Rodungen in Ruchheim
Vorlage: 20247929
18. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
"Am Hüttengraben" Bestehende Begrünungsauflagen - Abholzung von zwei alten Bäumen
Vorlage: 20247973
19. Anfrage des Mitglieds der FDP im Ortsbeirat
Schwefelhexafluorid in etwaigen Windkraftanlagen vermeiden
Vorlage: 20247930

Der Ortsvorsteher bedankte sich bei den Mitgliedern des Ortsbeirates und bei Frau Becker für den Einsatz in den letzten fünf Jahren. Danach eröffnete Herr Schmidt die Ortsbeiratssitzung und stellte fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt ist; der Ortsbeirat war beschlussfähig. Die Tagesordnung wurde am 24.04.2024 zugesandt und er teilte mit, dass diese nicht bei allen Ortsbeiräten per Post eingegangen ist.

Anschließend begrüßte Herr Schmidt die Mitglieder der Ortsbeiräte und entschuldigte Frau Dorothee Tavernier (GRÜNEN), Frau Jutta Kreiselmaier-Schricker (GRÜNEN) und Herrn Markus Honacker (CDU). Der Ortsvorsteher begrüßte von der Verwaltung Herrn Christoph Neef (Bereich 4-154, Aufgabengebiet Lärmaktionsplan) und von der RNV Herrn Steffen Terörde und Herrn Carlos Abril und außerdem Herrn Peter Görtz sowie die Bürgerinnen und Bürger.

Die Presse war durch die Rheinpfalz, Herrn Bühler, vertreten.

Zu Beginn der Sitzung gab es vom Ortsvorsteher eine Anmerkung zur Tagesordnung, dass die Anfrage der FDP „Nicht beantwortete Anfragen“ im Ortsvorsteherbericht vorgetragen wird.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

1. Eine Bürgerin, wohnhaft im Tilsiter Weg 1, 67071 Ludwigshafen, hatte Wortmeldungen wegen dem Anwohnerparken / Falschparken im Mutterstadter Graben und an den dort stehenden Garagen. Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung, dass dort die Ordnungsbehörde mehr kontrollieren sollte. Außerdem bat Frau Heiser, den städtischen Grünwuchs neben ihrem Anwesen, welcher auf und in ihrem Garten wächst, zu entfernen. Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung, Bereich Gruenconsulting 4-15, den Grünwuchs am Tilsiter Weg 1 zu entfernen.
2. Ein Bürger fragte nach: „Wann der Abschluss der Bauruine wäre?“ Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung mitzuteilen, wann der Abschluss der Bauerruine zu erwarten ist.
3. Eine Bürgerin fragte nach, wie es mit den Kindergartenplätzen in Ruchheim aussieht. Ob es stimmt, dass Zusagen der Kindergartenstätte Arche Noah wieder zurückgenommen wurden, weil jetzt Zuzug in Nord/Ost wäre und die Kinder, die einen Platz hatten, jetzt doch nicht diesen Kindergartenplatz bekommen? Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung um Mitteilung, wie die Vergabe der Kindergartenplätze ist und warum Zusagen zurückgenommen wurden?
4. Eine Bürgerin hatte Fragen zum aktuellen Stand der Postfiliale in Ruchheim. Hierzu informierte der Ortsvorsteher, dass die Deutsche Post weiterhin einen Partner sucht. Es wird noch geprüft, ob die Post in die Seniorentagesstätte Ruchheim kommen kann. Außerdem liegt ein Bauantrag der Post vor für eine Pack- und Poststation in der Nähe des Ruchheimer Schlosses. Dieser ist im Prüfungsverfahren durch das Bauamt.

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

1. Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme zu der Anfrage der FDP „Nicht beantwortete Anfragen“: „Die Ortsbeiräte haben die Belange des Ortsbezirks in der Gemeinde zu wahren und die Gemeindeorgane durch Beratung, Anregung und Mitge-

staltung zu unterstützen (§ 75 Abs. 1 der Gemeindeordnung). Der Ortsbeirat kann Angelegenheiten und gemeindliche Probleme, die den Ortsbezirk berühren, in Form von Anträgen und Anfragen aufgreifen und beraten. Die o.a. Anfrage des Mitglieds der FDP im Ortsbeirat bezieht sich jedoch auf verwaltungstechnische interne Abläufe und sollte nicht als Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung einer Ortsbeiratssitzung. Eingereichte Anträge und Anfragen werden umgehend an zuständige Bereiche in der Verwaltung, mit der Bitte um eine Stellungnahme bis zur kommenden Sitzung weitergeleitet. Bedauerlicherweise kommt es gelegentlich vor, dass Antworten nicht fristgerecht bis zum Sitzungstermin erstellt werden können. Die Ursachen dafür sind unterschiedlich. Dies können beispielsweise umfangreichere Recherchen in der Angelegenheit sein oder die Beteiligung mehrerer Bereiche, sowie Zuständigkeiten von Stellen außerhalb der Verwaltung, die zu Verzögerungen einer endgültigen Antwort führen. Auch zu kurzfristig eingereichte Anträge und Anfragen seitens der Fraktionen bzw. Mitglieder im Ortsbeirat spielen eine Rolle. Stellungnahmen, die einen längeren Zeitaufwand bedürfen und nicht rechtzeitig zur Sitzung vorliegen, werden grundsätzlich nachgereicht.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

2. Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme, Bereich Straßenverkehr - §12 der Straßenverkehrsordnung (StVO) das Halten und Parken - zur Nachfrage der Einwohnerfragestunde der Ortsbeiratssitzung vom 29.01.2024 - Parksituation im Erfurter Ring vor allem bei dem Neubaugebiet GAG:

„Grundsätzlich regelt §12 der Straßenverkehrsordnung (StVO) das Halten und Parken. Aus § 12 Absatz 4 StVO kann geschlossen werden, dass das Halten und Parken auf dem Gehweg untersagt ist. Jedoch wird es in der StVO nicht ausdrücklich verboten, da u.a. in §12 Absatz 4a, StVO die Ausnahmen zum Halten und Parken auf dem Gehweg geregelt sind. Die Regelung, ob das Parken mit zwei Rädern auf dem Gehweg unter bestimmten Voraussetzungen als verkehrsgerecht und zulässig zu werten ist, bleibt der Straßenverkehrsbehörde vorbehalten. Da die StVO das Halten und Parken auf dem Gehweg nicht ausdrücklich untersagt, nutzen dies viele Städte und Gemeinden, um den Mangel an Parkraum zu bewältigen. Die Entscheidung einer Duldung des Parkens unter Mitbenutzung des Gehweges obliegt der Straßenverkehrsbehörde. Ständige Kontrollen durch die Verkehrsbehörde sind dabei die einzig mögliche Maßnahme. Nach § 12, Absatz 4a StVO könnte auch ergänzend beschildert und markiert werden. Neben dem immensen Kostenfaktor würde dies allerdings zu einem Schilderwald führen. Generell möchte die Verwaltung erwähnen, dass außerplanmäßige Kontrollen durchgeführt und Beschilderungen angepasst wurden. Bezüglich der Frage mit dem Hundekot-Eimer müssen wir Sie zuständigkeitshalber an die WBL verweisen.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

3. Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme zur Nachfrage aus der Sitzung des Ortsbeirats Ruchheim vom 29.01.2024 „TOP 12 - Standort einer weiteren Kindertagesstätte: „Wie bereits in der Stellungnahme zur Anfrage der CDU für die Sitzung vom 29.01.2024 mitgeteilt, wird derzeit ein Standort und ein Investor für eine weitere Kita in Ruchheim gesucht.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

4. Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme zur Nachfrage aus der Sitzung des Ortsbeirats Ruchheim vom 11.03.2024 „TOP 7 – Sachstand zum Umbau des Gemeinschaftshauses in Ruchheim:

„Beginn der Arbeiten: Spätestens ab KW 21 2024. Das Ziel ist, den Betrieb ab KW 33 2024 zu ermöglichen. Ein aktualisierter Bauzeitenplan befindet sich derzeit in Arbeit, da es zu besonderen Umständen während der Ausschreibungsphase kam. Bei den öffentlichen Ausschreibungen für die Dachdeckerarbeiten und die Lüftungsanlage gingen keine Angebote ein. Es mussten kurzfristig erneute Vergabeverfahren eingeleitet werden. Dadurch ergibt sich eine Verschiebung des Baubeginns von ursprünglich April 2024 auf voraussichtlich KW 21 2024, welche nun in einem aktualisierten Bauzeitenplan berücksichtigt werden muss.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

5. Herr Schmidt verliest die Stellungnahme zur Nachfrage aus der Sitzung des Ortsbeirats Ruchheim vom 11.03.2024 „TOP 11 - Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur im Ortsteil Nord-Ost und Ortskern: „Es gibt eine permanent geschaltete Stellenausschreibung für alle städtischen Einrichtungen. Die Steuerung der Stellenbesetzung erfolgt anhand der Interessens- und Ausrichtungseigenschaften der Bewerbenden in Bezug auf die jeweilige Betreuungslandschaft in den Häusern. Stellenbesetzung erfolgt nach durchlaufenem Vorstellungsgespräch.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

6. Herr Schmidt trägt vor, dass zur Anfrage der FDP „Parkplatzprobleme in Ruchheim Nord-Ost“ die identische Stellungnahme vorliegt vom Bereich Straßenverkehr - §12 der Straßenverkehrsordnung (StVO) das Halten und Parken, welche er soeben vorgelesen hat.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

7. Herr Schmidt verliest die Stellungnahme zur Nachfrage aus der Sitzung des Ortsbeirats Ruchheim vom 11.03.2024 - TOP 13, Seniorengerechtes und schwerbehindertengerechtes Wohnen in Ruchheim: „Das Thema Bedarf und Möglichkeiten für altersgerechtes Wohnen im Ortsteil Ruchheim ist für alle Bewohner*innen ein wichtiges

Thema. Es fließen aber auch andere Handlungsfelder mit ein, wie z.B. Wohnumfeld, Mobilität, Begegnung, Beteiligung, Hilfen und Unterstützung, Engagement, die für ältere Menschen relevant sind. Es bedarf deshalb einer guten Vorbereitung, bei der Erwartungen, Kompetenzen, Aufgaben, Techniken und Verfahren der Moderation etc. zu berücksichtigen sind. Außerdem ist die Beteiligung der richtigen Akteure ein wichtiger Aspekt, damit deren Erfahrungen in die gemeinsame Gestaltung einfließen können. Aufgrund unserer derzeitigen Ressourcen wird der Zukunftsworkshop frühestens im 4. Quartal 2024, vermutlich eher im 1. Quartal 2025 stattfinden. Sobald der genaue Termin feststeht wird dieser dem Ortsbeirat unverzüglich mitgeteilt.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

8. Herr Schmidt verliest die Stellungnahme der Verwaltung (Druckerei) zur Nachfrage aus der Sitzung des Ortsbeirats Ruchheim vom 11.03.2024 - TOP 14, Sauberkeit in Ruchheim - Umreifungsbänder und Folien in der Umwelt:

„Grundsätzlich werden die Zeitungspakete entweder manuell mittels einer Packmaschine oder mittels Verpackungsautomaten im Rahmen eines durchgängigen vollautomatisierten Produktionsprozesses (Standard bei Tageszeitungs- und Wochenblattproduktion) hergestellt. Insbesondere die letztgenannte Methode der Paketierung stellt erhöhte Anforderungen an das eingesetzte Material der Bänder hinsichtlich Reißfestigkeit und möglicher Produktionsgeschwindigkeit der Verpackungsautomaten. Hinsichtlich alternativer Farben der Umreifungsbänder wurde der Markt sondiert. Leider gibt es keine große Auswahl von Farben, welche besser sichtbar wären als die eingesetzten schwarzen Bänder. Wir wollen zunächst einen Praxistest mit Bändern in hellgrüner Farbe durchführen – sowohl im Hinblick auf die technischen Auswirkungen als auch auf die Sichtbarkeit nachts/tagsüber. Sollte die Verwaltung zu dem Ergebnis kommen, dass die Bandfarbe flächendeckend umgestellt wird, wird man im Vorfeld von der Verwaltung informiert.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

9. Herr Schmidt verliest die ergänzende Stellungnahme der Verwaltung zur Nachfrage aus der Sitzung des Ortsbeirats Ruchheim vom 11.03.2024 - TOP 15, Kriterien zur Auswahl von Vorranggebieten für Windenergie in Ruchheim (und Mutterstadt):

Was genau sind die geringen bis mittleren negativen Umweltauswirkungen?

„Der Beantwortung der o.g. Nachfrage wird der Hinweis vorangestellt, dass die Stadt Ludwigshafen in Bezug auf das im Ortsbeitrat vorgestellte Regionalplanverfahren nicht als Planungsträger fungiert. Die Erstellung bzw. Fortschreibung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar obliegt dem Verband Region Rhein Neckar mit seiner Verbandsverwaltung, die dabei die von ihr verwendete Planungsmethodik festgelegt hat. Im Zuge ihres methodischen Vorgehens hat die Verbandsverwaltung das geplante Vorranggebiet LU/RPK-VRG01-W auf der Gemarkung Ruchheim mit geringen bis mittleren negativen Umweltauswirkungen bewertet. An Hand des von

der Verbandsverwaltung erstellten Flächensteckbriefes für dieses Vorranggebiet ist ersichtlich, dass im Zuge der durchgeführten Umweltprüfung die Flächeninanspruchnahme durch den Bau der Windkraftanlagen, die potentielle Überflutung an Tiefenlinien bei Starkregen und archäologische Fundstellen als betroffene Schutzgüter angesehen werden und zu der von der Verbandsverwaltung vorgenommenen Bewertung der Umweltauswirkungen geführt haben. Bei weiteren 6 Schutzgütern sieht die Verbandsverwaltung in Bezug auf dieses geplante Vorranggebiet keine Betroffenheit.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

10. Termine:

Die nächsten Ortsbeiratssitzungen finden am 26.08.2024 und 18.11.2024 statt.

Außerdem informierte Herr Schmidt, dass am 15.05.2024 die Eisballe-Radtour vom Stadtteil Nord nach Ruchheim stattfindet. Hierzu sind alle Anwesenden eingeladen.

zu 3 Ausbau P&R und B&R an der Rhein-Haardt-Bahn

Zum Ausbau P+R & B+R an der Rhein-Haardt-Bahn im Stadtteil Ruchheim stellte Herr Carlos Abril (Eisenbahnbetriebsleiter der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH) und Herr Steffen Terörde (Mitarbeiter der Bauabteilung der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH) anhand einer Power-Point-Präsentation die aktuelle Planung der Markierung Bestandsfläche P&R inkl. Parkplätze für Behinderte und Neubau B+R Anlage von 10 Stellplätze vor, welche im Ratsinformationssystem einsehbar ist.

Die Herren der RNV berichteten über den Sachstand des Projektes „RHB 2010 R081“ und über die verschiedenen Maßnahmen. Anhand der Übersichtskarte wurde die aktuelle Planung der Markierung Bestandsfläche P&R inkl. Parkplätze für Behinderte und Neubau B+R Anlage von 10 Stellplätze erläutert.

Der Ortsbeirat war sich über das Anbringen der kommenden Fahrradständer einig.

Nachdem alle Fragen des Ortsbeirates ausführlich von Herrn Carlos Abril und Herrn Steffen Terörde beantwortet wurden, bedankte sich der Ortsvorsteher für das Kommen und den ausführlichen Vortrag.

zu 4 Sachstand der Lärmaktionsplanung

Den Sachstand der Lärmaktionsplanung stellte Herr Christoph Neef (Bereich 4-154, Aufgabengebiet Lärmaktionsplan) anhand einer Power-Point-Präsentation vor, welche im Ratsinformationssystem einsehbar ist.

Herr Neef informierte zum Lärmaktionsplanung von den Grundlagen, Ablauf, beteiligte Behörde, Lärminderungsmaßnahmen, Maßnahmenkatalog, Lärmkartierung, Lärmindizes, Umgebungslärmrichtlinien etc.

Der Ortsbeirat merkte an, dass man mit einer größeren Bürgerbeteiligung eine genauere Lärmkarte bekommen könnte.

Nachdem alle Fragen des Ortsbeirates ausführlich von Herrn Christoph Neef beantwortet wurden, bedankte sich der Ortsvorsteher für das Kommen und den ausführlichen Vortrag.

zu 5 Antrag des Ortsvorstehers Unterbringung der Jugendfreizeitstätte während der Umbaumaßnahmen

Der Ortsvorsteher trägt seinen Antrag vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Bereich Jugendförderung: „Aufgrund der notwendigen Abstimmungs-, Genehmigungs- und Ausschreibungsverfahren ist die Umsetzung eines Ausweichquartiers während der Brandschutzsanierung der JFS Ruchheim nicht möglich. Eine Containerlösung im Stadtteil ist nach Prüfung von in Frage kommenden Örtlichkeiten aufgrund fehlender Infrastruktur (Strom, Wasser, Sanitär) nicht umsetzbar. In einem Zeitraum von mehreren Monaten mit ggf. schwierigen Wetterverhältnissen ist eine dauerhafte Unterbringung in Zelten im Bereich der Vogelwiese nicht zumutbar. Statt eines Umzugs in eine Zelt- oder Containerlösung soll die Einrichtung so weit geöffnet bleiben, wie es bestimmte Gewerke zulassen. Es wird dadurch zu Bedarfsschließungen kommen, die womöglich relativ kurzfristig entstehen. Ziel ist dennoch, dass Angebot für die Kinder und Jugendlichen im Stadtteil möglichst lange und verlässlich zu erhalten oder umzusetzen (auch mobil im Stadtteil). Einzelmaßnahmen, Aktionen, Präsenz im Stadtteil als auch die Umsetzung der Lernförderung im Rahmen von „LuSt-Ludwigshafener Stärkungssystem für verbesserte Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit erhöhtem Förderbedarf, wird über die Einrichtungsleitung in Abstimmung mit der Abteilungsleitung koordiniert und umgesetzt. Ortsvorsteher Dennis Schmitt hat bereits zugesagt, den Trausaal im Schloss für die Lernförderung zur Verfügung zu stellen, damit dieses Angebot kontinuierlich und unabhängig von Schließungszeiten stattfinden kann.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

**zu 6 Antrag des Ortsvorstehers
Schaffung von weiteren "überdachten" Flächen auf dem Ruchheimer Friedhof**

Der Ortsvorsteher trägt seinen Prüfantrag vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Bereich Friedhöfe: „Der Friedhof Ruchheim verfügt mit einer überdachten Fläche von ca. 48 qm über die größte Überdachung vor einer Trauerhalle von allen Friedhöfen in Ludwigshafen, wenn auch über die kleinste Trauerhalle. Den Einbau von ortsfesten Schirmen hält die Verwaltung für gestalterisch fragwürdig. Die Schirme würden zudem Gräber beeinträchtigen und die Organisation des Auf- und Abbaus sowie die Sicherung bei Unwettern würde sich auf die Gebühren auswirken. Die Verwaltung appelliert an die Eigenverantwortung des Einzelnen, welcher den Weg zum Friedhof je nach Wetterlage selbst organisieren muss.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

**zu 7 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Erstellen eines Piktogramms „Achtung Kinder“ in der Pfalzgartenstraße**

Frau Steig trägt den Antrag vor.

Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme vom Bereich Straßenverkehr: „Die Pfalzgartenstraße ist als verkehrsberuhigter Bereich beschildert. Nach Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen kommt die Verwaltung zum Ergebnis, dass weitere verkehrsrechtliche Anordnungen nicht in Betracht kommen. Die Verwaltung verweist auf die aufgeführten Hinweise der Verwaltungsvorschrift zur StVO, wonach in verkehrsberuhigten Bereichen mit Ausnahme von Parkflächenmarkierungen keine weiteren Verkehrszeichen angeordnet werden dürfen. Daher kann die Verwaltung dem Antrag „Piktogramm spielende Kinder“ nicht entsprechen.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu und bittet die Verwaltung um einen sinnvollen Vorschlag.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

**zu 8 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Prüfung zusätzliche Stadtbahnhaltestelle und eine Wendemöglichkeit**

Herr Hwasta trägt den Antrag vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahmen vom Bereich Stadtplanung und RNV:

Stellungnahme Bereich Stadtplanung:

„Seitens der Verkehrsplanung kann nur eine Teilstellungnahme zum Thema zusätzliche Stadtbahnhaltestelle erfolgen, die Thematik Wendemöglichkeit wird von der RNV beantwortet. Eine zusätzliche Haltestelle für die RHB im Bereich Ruchheim-Nordost war Bestandteil des vom Land Rheinland-Pfalz bezuschussten Konzeptes „RHB 2010“. Durch diese zusätzliche Haltestelle sollte die Situation für den ÖPNV in Ruchheim verbessert und zusätzliche Fahrgäste gewonnen werden. Dabei wurde auch die künftige Entwicklung des Wohngebietes mit einer entsprechend höheren Nachfrage bereits berücksichtigt. Die Fachdienststellen der Stadtverwaltung und der RNV waren sich hinsichtlich der Sinnhaftigkeit einer zusätzlichen Haltestelle in der vorgesehenen Lage auch einig. Deshalb war diese zusätzliche Haltestelle im dritten Teilpaket von „RHB 2010“ vorgesehen mit voraussichtlichen Beginn eines Planfeststellungsverfahrens im Jahre 2017. Dieses Projekt wurde dem Ortsbeirat Ruchheim am 24. Juni 2016 umfassend von Mitarbeitern der RNV und der Verwaltung vorgestellt. Nach intensiver Diskussion hat der Ortsbeirat aber bei der anschließenden Abstimmung einstimmig gegen diese zusätzliche Haltestelle votiert. Hauptgründe hierfür waren die erforderlichen ökologischen Eingriffe in den Affengraben und die Befürchtungen der unmittelbaren Anwohner der zusätzlichen Haltestelle wegen Lärmbelastungen. Die Planungen wurden daraufhin von Seiten der RNV gestoppt und auch die zusätzliche Haltestelle wurde von der Stadtverwaltung mit Beschluss des Stadtrates nicht mehr in der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes 2018 aufgenommen. Sollte der Ortsbeirat zwischenzeitlich eine andere Meinung vertreten, müsste das Verfahren quasi wieder neu aufgerollt werden. Man könnte zwar auf der im Jahre 2016 erstellten Vorplanung aufbauen, jedoch machen es die zwischenzeitlich geänderten finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen bei Stadt und Land nicht einfacher. Insofern ist, auch unter Berücksichtigung anderer anstehender ÖPNV-Projekte, ungewiss, ob das Projekt überhaupt umgesetzt werden kann. Zumindest sicher ist aber, dass mit einer sehr langen Zeitdauer bis zu einer möglichen Genehmigung und Realisierung einer zusätzlichen Haltestelle zu rechnen ist.“

Stellungnahme der RNV:

„Grundsätzlich begrüßt die RNV Vorschläge zur Verbesserung und Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV. Aufgrund der neuen Zweirichtungsfahrzeuge sei eine Wendeschleife nicht mehr notwendig. Für den besseren Betrieb sei aber die Überleitung auf ein kurzes Wendegleis nötig. Eine solche Überleitung sei bei Maxdorf geplant und dort einfacher realisierbar und wirtschaftlicher als in Ruchheim. Eine mögliche Taktverdichtung sollte daher laut RNV bis Maxdorf umgesetzt werden. Für den Bau einer neuen Haltestelle in Ruchheim Nordost seien umwelttechnische Belange besonders zu beachten. Der Bahnsteig Richtung Bad Dürkheim müsse im geschützten Landschaftsareal und Biotop „Affengraben“ gebaut werden. Für geschützte Tierarten wären Ausgleichsmaßnahmen zu treffen. Für eine Genehmigung wäre ein aufwendiges Planfeststellungsverfahren mit starken Umweltauflagen notwendig. Für den Betrieb der Rhein-Haardt-Bahn bis Bad Dürkheim gebe es einen besonderen Verkehrsvertrag. Ob Bahnfahrten für die Strecke Ruchheim/Maxdorf in den Vertrag integriert werden

könnten, sei unklar. Auf jeden Fall müssten die Kosten dafür allein von den profitierenden Kommunen getragen werden, also dem Rhein-Pfalz-Kreis bzw. Maxdorf und Ludwigshafen, erklärte die RNV. Aufgrund der finanziellen Lage wurde die Weiterführung der Untersuchungen bzw. der Planung vorübergehend eingestellt. Sobald die finanzielle Lage dies erlaubt, wird die Planung wieder umgehend aufgenommen bzw. weitergeführt.“

Es folgte eine rege Diskussion des Ortsbeirates. Durch die neue Bebauung in Ruchheim Nordost und den sehr hohen Parkdruck, werde die Verkehrssituation von den Anwohnern als sehr unbefriedigend empfunden. Die dichte Bebauung mit Mehrfamilienhäusern der GAG sowie die Fertigstellung der sogenannten Bauruine hätten die Rahmenbedingungen deutlich geändert. Mit einer zusätzlichen Stadtbahnhaltestelle und einer dichteren Taktung in die Stadtzentren von Ludwigshafen und Mannheim könne die Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs deutlich gesteigert werden. Um eine solche dichtere Taktung zu ermöglichen, sei eine neue Wendemöglichkeit für die Stadtbahnen in Ruchheim notwendig. Dies habe den weiteren Vorteil, dass Bahnen zu Schichtbeginn und –ende von Amazon fahren könnten.

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu und bittet um einen Prüfantrag, den Konflikt Naturraum und Haltestelle zu optimieren.

Die Stellungnahmen wurden am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

zu 9 Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Industriegebiet Römig IV

Herr Schmidt trägt den Antrag vor.

Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme Bereich Stadtentwicklung: „Der Rat der Stadt Frankenthal hat in seiner Sitzung am 17.4.24 den Beschluss gefasst, einen Bebauungsplan zum 4.Abschnitt „Am Römig“ aufzustellen. Die Stadt Frankenthal hat Ludwigshafen bisher nicht offiziell an den Planungen bezüglich der Erweiterung des bestehenden Industrie- und Gewerbegebiets „Am Römig“ beteiligt, dies wird im Rahmen des nun folgenden Bauleitplanverfahrens im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden erfolgen. Der Zeitraum für diese Beteiligung ist von der Stadtverwaltung Frankenthal noch nicht bekannt gegeben worden. Ungeachtet dessen hat die Stadt Ludwigshafen durch Frau Oberbürgermeisterin Steinruck bereits unaufgefordert öffentlich und in Gremien die Interessen der Ruchheimer Bürger*innen - ganz im Sinne dieses Antrags vertreten.

Im Rahmen das o.g. Bauleitplanverfahrens kann die Stadt Ludwigshafen dann ihre offizielle Stellungnahme zu den Planungen abgeben. Diese wird von der Verwaltung erarbeitet und mit den stadträtlichen Gremien abgestimmt.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

**zu 10 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Erhöhung der Verkehrssicherung in der Pfalzgartenstraße**

Frau Steig trägt den Antrag vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme Bereich Straßenverkehr: „Aufgrund fehlender Beteiligung anderer städtischer Bereiche (Bereich Tiefbau und Verkehrsplanung) können wir noch nicht abschließend Stellung nehmen. Den Antrag wird die Verwaltung mit allen Bereichen besprechen und sobald ein Ergebnis vorliegt, den Ortsbeirat unaufgefordert informieren.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

**zu 11 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Aufstellung von zwei Hundekotbeutelspender**

Herr Hwasta trägt den Antrag vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme Wirtschaftsbetriebe Ludwigshafen: „Am vorgeschlagenen Standort in der Friedhofstraße ist bereits bei Haus-Nr. 27 ein Hundekottütenspendener (HKTS) (Nr. 120) installiert. Diesen wird die Verwaltung an die Friedhofsmauer gegenüber versetzen und dann zusätzlich noch einen Papierkorb (PK) anbringen. Dort steht bereits der Pfosten eines Verkehrsschildes an dem die Anbringung ohne großen Aufwand möglich ist. Am vorgeschlagenen Standort Strohgasse wird die Verwaltung allerdings keinen zusätzlichen HKTS mit PK aufstellen. Eine Ver- und Entsorgung der Hundehalter*innen mit Hundekotbeuteln in Nähe des vorgeschlagenen Standortes Strohgasse ist am Standort Friedhofstraße, der gerade mal 200 m entfernt ist, problemlos möglich und zumutbar.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu und bittet, auch am vorgeschlagenen Standort „Strohgasse“ einen zusätzlichen HKTS mit PK aufzustellen.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

**zu 12 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Installation von Straßenlaternen mit Solarpanel und Bewegungsmelder zur**

Erhöhung der Sicherheit auf dem Wirtschafts- Rad- und Fußweg in Richtung „Römig“

Frau Steig trägt den Antrag vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme Bereich Tiefbau: „Eine Überprüfung der Beleuchtungssituation ist in der Kürze der Zeit nicht möglich. In der aktuellen Haushaltslage ist eine Ausweitung der Beleuchtung auf Wirtschaftswege wahrscheinlich nicht möglich. Die Verwaltung wird über das Prüfungsergebnis und über das weitere Vorgehen in der nächsten Sitzung des Ortsbeirates berichten.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

zu 13 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Aufstellung von einem Parkverbotsschildes am Sportplatz beim Beachfussballfeld

Herr Hwasta trägt den Antrag vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme Bereich Umwelt: „Seitens der Verwaltung wird kein gesondertes Parkverbotsschild aufgestellt. Bei beiden angeführten Flächen (Rasen und Basketballbereich) handelt es sich um Spielplatzfläche, auf denen gemäß Vorgabe der Grünflächensatzung das Befahren und Parken mit Kfz nicht erlaubt ist. Um die bisherige Mißnutzung zu unterbinden, werden entlang der Rasenflächen Findlinge gesetzt und an der Zuwegung zum Basketballfeld ein Absperrpoller montiert. Dieser wird allerdings nicht im direkten Übergang Fahrbahn – Gehweg eingebaut, da ansonsten auch die Pflegefahrzeuge während des Öffnens des Absperrpollers den Verkehr behindern würden. Das Setzen der Findlinge und die Montage des Absperrpollers werden nach Rücksprache mit den Kollegen des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe und der Verkehrstechnik in der 20./21. KW ausgeführt.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

zu 14 Anfrage des Mitglieds der FDP im Ortsbeirat Geothermiebohrungen in Ruchheim Nord-Ost

Herr Guth trägt die Anfrage vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme Bereich Umwelt:

„Zu 1: Die Geothermiebohrungen auf dem Gelände der GAG in Ruchheim Nord-Ost wurden ordnungsgemäß beantragt. Der Antrag wurde gemäß den geltenden Umweltschutzrichtlinien einschließlich WHG geprüft. Darüber hinaus wurde – wie bei allen Geothermiebohrungen – eine Stellungnahme bei der wasserwirtschaftlichen Fachbehörde, der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt, eingeholt. Danach wurde die wasserrechtliche Erlaubnis für die Geothermiebohrungen erteilt. Hierüber wurde der OBR Ruchheim in 2023 unterrichtet. Die Bohrungen sind mit den Umweltschutzrichtlinien vereinbar. Es handelt sich bei den Geothermiebohrungen um ein geschlossenes System von Erdwärmesonden, bei denen die Wärme mittels einer Wärmeträgerflüssigkeit entnommen wird. Die Wärmeträgerflüssigkeit kommt mit dem Grundwasser nicht in Kontakt. Mit den Erdwärmesonden erfolgt keine Entnahme und/oder Einleitung von Grundwasser. Es ist keine negative Beeinträchtigung des Grundwassers mit der Erdwärmenutzung verbunden.

Zu 2: Hier kann die Verwaltung in Hinblick auf Ruchheim nur auf die Stellungnahme im Ortsbeirat am 11.03.2024 verweisen. Weitere Auswertungen wurden zum Thema Wasserqualität bislang nicht gemacht.

Zu 3: Die Wasserschutzgebietsverordnung Ruchheim ist abgelaufen. Es gibt somit kein Wasserschutzgebiet Ruchheim mehr. Es handelte sich dabei um ein zusätzliches (Not-)Gewinnungsgebiet für Trinkwasser und wurde nicht generell zur Trinkwassergewinnung genutzt. Nach Ablauf der entsprechenden Verordnung war die Vorhaltung dieses zusätzlichen Gewinnungsgebietes nicht mehr erforderlich, so dass keine neue Verordnung mehr erlassen wurde.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

**zu 15 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Prüfung der Eigentumsverhältnisse der Flächen und Immobilien beim
Städt.-Kindergarten in der Oggersheimer Straße**

Herr Hwasta trägt die Anfrage vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme Bereich Immobilien: „Die vorgelegte Luftbildaufnahme ist veraltet. In der Anlage hat die Verwaltung eine aktuelle Version beigefügt. In der Zwischenzeit wurde ein Teil der markierten Fläche der Wohnbebauung zugeführt und befindet sich in privatem Eigentum. Der verbleibende Bereich liegt im städtischen Eigentum und liegt in der Inhaberschaft des Bereichs Gebäudewirtschaft (im Plan braun schraffiert).“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

**zu 16 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Altersarmut im Stadtteil Ruchheim**

Herr Schmidt trägt die Anfrage vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme der Verwaltung:

„Zu 1: Für die Ermittlung der Altersarmut können die Einwohner*innen über 65 Jahre, die Leistungsberechtigten mit Anspruch auf Grundsicherung im Alter sind, herangezogen werden. Demnach gibt es in Ruchheim 35 und 12 Leistungsberechtigter.

Zu 2: Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung nach dem SGB erhalten alle bedürftigen Älteren und dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Ludwigshafen auf Antrag. Das Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr kann von den Berechtigten ab dem 02.05.2024 wieder erworben werden.

Zu 3: Ressourcen stehen aktuell nicht zur Verfügung.

Zu 4: Die Tafel Ludwigshafen ist ein VEhRA Projekt.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

**zu 17 Anfrage des Mitglieds der FDP im Ortsbeirat
Rodungen in Ruchheim**

Herr Guth trägt die Anfrage vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahmen Bereich Immobilien und WBL:

„Stellungnahme Bereich Immobilien:

Zu 1: Das Grundstück am Mutterstadter Graben (Flurstück 1918/10) befindet sich im Eigentum des Landes Rheinland-Pfalz. Eine Stellungnahme über den Grund und den Durchführungszeitraum der Rodungsmaßnahme kann daher von Seiten der Stadt nicht abgegeben werden.

Zu 2: die Zuständigkeit liegt hier beim WBL

Stellungnahme Bereich 4-15 und 4-21:

Zu 1: Die Gründe für die Durchführung der Maßnahme sind uns nicht bekannt. Hierbei handelt es sich vermutlich um eine Maßnahme des Landesbetriebes Mobilität Rheinland-Pfalz.

Zu 2: Das Objekt mit der Bezeichnung „Betriebspunkt Ruchheim HPW“ ist in Inhaberschaft von 4-24, Bereich Stadtentwässerung. Im Februar 2024 wurde lediglich der Zaun respektive die Einfahrt zum Gelände freigeschnitten. Eine weitere Rodung ist uns nicht bekannt. Hier wurden gewerbliche Obstbaumreihen an Drähten gepflanzt. Die Obstbäume sind alle abgestorben und von Brombeeren überwachsen. Die gespannten Drähte an Stahlpfosten sollen Zug um Zug entfernt werden. Um eine Streuobstwiese anzulegen und den Zaun zu sichern, wurde in der brutfreien Zeit bis Ende Februar in Absprache mit dem Bereich Umwelt und dem Naturschutzbeauftragten ein erster Abschnitt am Zaun entlang abgesetzt. Die Fläche soll während der erlaubten Rodungszeit unter Wahrung einzelner Inseln behutsam hin zu einer Ausgleichstreuobstwiese entwickelt werden. Auf der Fläche werden weitere Rückzugsmöglichkeiten für Eidechsen und Vögel verbleiben und entstehen z.B. durch entsprechend zu gestaltende Holzabschnitte und Steinhauwerke. Die Wiese soll dann ein bis zweimal im Jahr gemäht werden. Die Obsternte kann mit Schulkindern vorgenommen werden, um dann beispielsweise Saft produzieren zu lassen.“

Die Stellungnahmen wurden am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

**zu 18 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
"Am Hüttengraben" Bestehende Begrünnungsaufgaben - Abholzung von zwei
alten Bäumen**

Herr Schmidt trägt die Anfrage vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme Bereich Umwelt:

„Zu 1: Das Anwesen am Hüttengraben 1 befindet sich im Außenbereich gemäß § 35 Baugesetzbuch. Ende der 1990er Jahre wurden vom damaligen Eigentümer bauliche Anlagen getätigt, die gemäß Naturschutzrecht ausgleichspflichtig waren. Die Kompensationsmaßnahmen wurden vorrangig als Eingrünung des Anwesens durchgeführt.

Zu 2: Das Anwesen wurde zwischenzeitlich mindestens zwei Mal verkauft. Ob die neuen Eigentümer jeweils vom Verkäufer über die bestehenden Pflichten zum Erhalt der Kompensationsmaßnahmen informiert wurden, ist weder beim Bereich Umwelt und Klima noch bei der Bauaufsicht bekannt.

Zu 3: Für die ältere Eiche (nicht Ahorn) wurde im Februar 2024 ein Fällantrag genehmigt. Dies nach vorheriger Begutachtung durch den Grünbetrieb. Der Baum war in schlechtem Zustand und die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet. Eine Ersatzpflanzung wurde gefordert. Die Pflanzung ist für Herbst 2024 geplant. Von einer gefälltten Rosskastanie ist in unserem Haus (Umwelt und Klima) nichts bekannt.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

**zu 19 Anfrage des Mitglieds der FDP im Ortsbeirat
Schwefelhexafluorid in etwaigen Windkraftanlagen vermeiden**

Herr Guth trägt die Anfrage vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme Bereich 4-15:

„Die Stadt LU kann aufgrund der aktuellen Gesetzeslage keine Vorgaben machen, dass auf Ludwigshafener Gemarkung gebaute Windräder frei von Schwefelhexafluorid (SF6) sein sollen. In Windkraftanlagen sind Mittelspannungsanlagen verbaut, welche SF6 zur Isolation von Schaltungen enthalten. Solche Schaltanlagen kommen jedoch auch an vielen anderen Stellen, an denen Strom verteilt wird, zum Einsatz. Beispielsweise in Trafohäuschen. Windkraftanlagen sind also nicht die einzigen und nicht die größten Einsatzbereiche von SF6. Für eine Windkraftanlage werden durchschnittlich 3 kg des Klimagases verwendet. Wichtig hierbei: das Gas verbleibt in den Schaltanlagen. Beim Befüllen, Betreiben und Wiederaufbereiten dieser Windkraftanlagen sind den Herstellern hohe Standards gesetzt, um ein Entweichen des Gases in die Atmosphäre zu verhindern. Natürlich sind Leckagen nie ganz auszuschließen. In Sachen Emissionen ist auf eine Untersuchung des Umweltbundesamts zu verweisen. Hier wird auf eine weitaus größere Quelle für den SF6-Ausstoß aufmerksam gemacht. Beim Entsorgen von Schallschutzfenstern entweicht das eingeschlossene Gas ungehindert und macht den Großteil der SF6-Emissionen aus. Selbst wenn die 3 kg SF6 einer Windkraftanlage vollständig entweichen, und somit aufs Jahr gerechnet eine Klimabelastung von 3,4 Tonnen CO₂-Äquivalenten entstünde, würde diese Windkraftanlage immer noch 10.000 Tonnen CO₂ pro Jahr vermeiden.“

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der Vorsitzende um
20:40 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.05.2024

Sabine Becker
Schriftführerin

Dennis Schmidt
Vorsitzender